Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt.
Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten
die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 106. Sonnabend den 16. April 1887. 81. Jahrgang

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag, den 17. April, Vormittags nur bis ½9 Uhr
geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 12. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 6. Mai ds. J.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1710. Uebereinkunft zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Serbien, betreffend den gegenseitigen Schutz der gewerblichen Muster und Modelle. Vom 3. Juli 1886.

Nr. 1711. Erklärung, betreffend die Unzulässigkeit der Pfändung von Eisenbahnfahrbetriebsmitteln. Vom 17. März 1887.

Leipzig, den 12. April 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Krumbiegel.

Ausschreibung.

Für den Schlacht- und Viehhof werden
die Glaser-Arbeiten
hierdurch öffentlich ausgeschrieben.

Die Unterlagen sind im Schlachthofsbaubureau an der Kaiserin-Augusta-Straße gegen Zahlung von 2.5 ℳ zu erhalten. Ebenda ist ein Probefenster ausgestellt.

Die Angebote sind nach Maßgabe der bei den Unterlagen befindlichen Vorschriften zu behandeln und bis zum **26. April dieses Jahres, Vormittags 11 Uhr,** bei der Kanzlei des Rathhauses abzugeben.

Wir behalten uns die Auswahl unter den Bewerbern bez. die Theilung der Arbeiten, sowie die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 13. April 1887.

II 1962. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Tröndlin. Moritz, Architekt.

Bekanntmachung.

Um eine größere Regelmäßigkeit der Grabpflege herbeizuführen und dem Publicum den Verkehr mit den Pflegern zu erleichtern, haben wir **für den neuen Johannisfriedhof** die Einrichtung getroffen, daß jeder Grabpfleger einen bestimmten Theil einer Friedhofsabtheilung zugewiesen erhält, auf welchem er **allein** zur Grabpflege zugelassen wird, die Pflege anderer, außerhalb seines Bezirks gelegener Gräber aber nicht übernehmen darf. Gleichzeitig haben wir die Gebühren festgesetzt, welche für die Pflege der verschiedenen Grabarten erhoben werden dürfen. Eine Uebersicht der abgetheilten Bezirke und ein Gebührentarif liegen im Inspectionszimmer des neuen Johannisfriedhofs aus.

Leipzig, am 15. April 1887.

Die Friedhofsdeputation.

Ergänzung der Handelsgebräuche der Leipziger Börse.

Gegen in der Bekanntmachung vom 10. v. M. erwähnten Vorschlag zur Ergänzung der Handelsgebräuche der Leipziger Börse in Bezug auf das Geschäft in spanischen Wechseln ist bis zum 12. d. M. von keiner Seite ein Widerspruch erhoben worden. Wir haben dieselben daher anderweit durch Börsenaushang bekannt gemacht, und zwar mit der Wirkung, daß gegen Diejenigen, welcher ihnen bei Abwicklung eines Börsengeschäfts die Anerkennung verweigert, Ausschließung von der Börse verfügt werden kann.

Leipzig, den 14. April 1887.

Die Handelskammer.
R. Thieme,
stellv. Vorsitzender. Dr. Gensel, S.

Realschule.
(Nordstraße 37.)

Montag, d. 18. April, früh 8 Uhr **Aufnahmeprüfung.**
Dienstag, d. 19. April, früh 8 Uhr **Aufnahmefeierlichkeit** und Einführung aller Schüler in ihre Classen. (Nach die südvorstädtischen Schüler versammeln sich im Realschulgebäude.) **Nachmittags 2 Uhr** Beginn des Unterrichtes.
Dr. F. Pfalz.

Städtische Fortbildungsschule für Mädchen.

Die Aufnahme der neu angemeldeten Schülerinnen findet **Montag, den 18. April, früh 9 Uhr** im Vortragssaale der Schule, Thomaskirchhof 24, statt. Mitzubringen ist die Ostercensur und das Schulentlassungszeugniß.

Leipzig, den 15. April 1887. **C. Reimer,** Director.

Israelitische Religionschule.

Die Aufnahme der neu eintretenden Kinder findet **Sonntag, 17. d., Morgens 8 Uhr** in der Aula der I. Bürgerschule statt.

Nichtamtlicher Theil.

Das Ministerium Depretis-Crispi.

Die Wandlung, welche sich in den italienischen Verhältnissen durch die Aussöhnung der beiden politischen Gegner Depretis und Crispi vollzogen hat, wurde noch vor einigen Wochen für unmöglich gehalten, weil man sich daran gewöhnt hatte, Depretis als die Verkörperung des conservativen Gedankens, Crispi als den Vertreter des demokratischen zu betrachten. Damit ging die Meinung Hand in Hand, daß Depretis der Freund Deutschlands, Crispi dagegen der Freund Frankreichs sei. Ob diese Meinung mit den Thatsachen übereinstimme, danach forschte man nicht, sie war vorhanden und damit begnügte man sich. Nun sind aber die italienischen Zustände so eigenartig und verwickelt, daß es für den auswärtigen Beurtheiler sehr schwer ist, sich eine richtige Vorstellung zu machen, denn Italien ist ein junges, aus den verschiedenartigsten Bestandtheilen zusammengesetztes Staatswesen, in welchem es keine Parteien mit feststehendem Programm giebt, wie in den übrigen Verfassungsstaaten, sondern wo heute verworfen wird, was gestern als erstrebenswerth galt, wo man sich äußerlich mit Zuständen abfindet, die man verabscheut, und wo man über das Maß dessen, was man herbeiwünscht, noch nicht zur Klarheit gelangt ist.

Bei Beurtheilung der italienischen Verhältnisse muß vor allen Dingen berücksichtigt werden, daß Rom der Sitz eines weltlichen und eines geistlichen Machthabers ist, welche sich neben einander nicht wohl fühlen können. Bis zum Jahre 1870 war die weltliche und die geistliche Macht in Rom in der Hand des Papstes vereinigt, der auf den Vatican beschränkte Papst kann den König von Italien nur als seinen unversöhnlichen Feind betrachten, und er wird denn auch nicht müde, sich über den unerträglichen Zustand zu beklagen, in welchem sich das Oberhaupt der Kirche befindet. Die Bevölkerung Italiens bekennt sich zum katholischen Glauben, soweit sie nicht atheistisch gesinnt ist, denn die Mitglieder anderer Religionsgesellschaften stellen nur einen geringen Bruchtheil der Bevölkerung dar. Für die Theorie ist es sehr leicht, die Grenzlinie zu ziehen zwischen den religiösen Empfindungen und den staatsbürgerlichen Pflichten, in der Praxis macht sich die Sache ganz anders, das haben wir während des Culturkampfes in Deutschland gesehen, wo sich die clericale Partei leichten Herzens mit den Reichsfeinden verband und eine Lage geschaffen hat, die endlich unerträglich wurde, so daß Zugeständnisse über Zugeständnisse gemacht wurden, damit nur endlich der verderbliche Streit aus der Welt geschafft werden konnte. Das Garantiegesetz hat über die Schwierigkeit, welche durch das Nebeneinanderbestehen des weltlichen und geistlichen Machtkreises in Rom erzeugt worden ist, nicht hinwegzuhelfen vermocht, und unter dieser Unzukömmlichkeit leidet die staatliche Entwickelung Italiens.

Crispi ist der Typus derjenigen Classe von Italienern, welche in der Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse von Grund aus das Heil der Zukunft erblicken, und die Richtschnur seines Strebens bildet der heiße Wunsch, Italien von dem Einflusse der Kirche zu befreien. Ihm schwebt ein Staatswesen als Ideal vor, in welchem die Bürger die größtmögliche Freiheit genießen und nur dem Gesetze unterthan sind, aber nicht der Geistlichkeit. In diesem Sinne will er als Reformator der Justiz, der Verwaltung und des Gemeindewesens auftreten, und deshalb will er sein Vaterland vor gefährlichen Abenteuern bewahren, wie Unternehmungen in fremden Welttheilen. Mancini stand auf dem entgegengesetzten Standpuncte, er war der Meinung, daß Italien seine Kräfte gebrauchen und seiner Flotte und Armee Arbeit schaffen müsse. Darum ging er nach Massauah. Die Sache nahm aber eine andere Wendung, als der Urheber der Action geglaubt hatte, und die Wogen, die er in Bewegung gesetzt hatte, gingen über ihn hinweg.

Das italienische Parlament bot in den letzten Jahren einen beklagenswerthen Anblick, Abgeordnete wie Comödianten spielten eine Rolle, die Zeit wurde mit wüstem Geschwätz ausgefüllt, statt mit ernster parlamentarischer Arbeit, und so kam denn nichts von dem zu Stande, was unerläßlich war, alles ging in den alten ausgefahrenen Geleisen fort und Italien befand sich im Zustande chronischer Ministerkrisis. Depretis hält zwar die wechselnden Cabinete seit einer Reihe von Jahren äußerlich zusammen, aber eine wirklich zielbewußte Regierung, ein fruchtbringendes Zusammenwirken von Regierung und Volksvertretung hat seit langen Jahren in Italien nicht bestanden, man hofft, daß es sich jetzt nach dem Eintritt Crispi's in das Ministerium gestalten werde. Dazu ist aber vor allen Dingen eine feste Mehrheit nothwendig und ob das Ministerium dauernd über eine solche verfügen werde, hängt von Umständen ab, die sich nicht voraussehen lassen. Ein Hauptübelstand in dem Königreich Italien sind die ehrgeizigen Streber, welche die Wohlfahrt des Ganzen davon abhängig machen, daß sie eine leitende Rolle im Staate spielen, wie die sogenannten Pentarchen. Cairoli hat seine Unfähigkeit, die Regierung zu führen, wiederholt bewiesen, die beiden Ministerien, in welchen er den Vorsitz hatte, bestanden nur wenige Monate und sein zweites Ministerium gewann erst Halt, als ihm Depretis hilfreich beisprang. Es war ein Unglück für Italien, daß ein Mann von der politischen Bedeutung Crispi's seit dem Jahre 1878 wegen der fatalen Bigamie-Angelegenheit genöthigt war, die Leitung des Ministeriums anderen Händen zu überlassen.

Man macht Crispi seine republikanische Gesinnung zum Vorwurf und doch ist das heutige Königreich Italien eine Frucht der Revolution. Durch die Züge Garibaldi's nach Sicilien und Neapel wurde Süditalien für das durch den Feldzug des Jahres 1859 vergrößerte Piemont gewonnen, und Depretis wie Crispi hielten es im Jahre 1860 mit Garibaldi. Es ist überhaupt in Italien sehr schwer, wenn nicht unmöglich, die Grenzlinie zwischen Republikanern und Anhängern der Monarchie zu ziehen, die große Mehrzahl sind Republikaner und halten es darum doch mit dem Hause Savoyen. Crispi hat zwei Mal in der Verbannung gelebt, das eine Mal wegen seiner Theilnahme an der Revolution in Sicilien, das zweite Mal wegen des Mailänder Putsches, aber seine Schwärmerei für die Republik hat ihn nicht gehindert, seine Dienste den Königen Victor Emanuel und Humbert zu widmen, und König Humbert würde ihm nicht jetzt wieder das Ministerium des Innern übertragen haben, wenn er nicht von seiner Treue und Anhänglichkeit an sein Haus überzeugt wäre.

Man stellt jetzt darüber Vermuthungen an, ob Nicotera und Baccarini der Regierung Opposition machen werden und zeigt sich darüber befriedigt, daß Cairoli vorläufig eine abwartende Haltung beobachten will, also findet man es ganz natürlich, daß die Unterstützung oder Bekämpfung der Regierung von der Laune einiger hervorragender Persönlichkeiten abhängig gemacht wird. Glücklicherweise sitzen aber die beiden bedeutendsten Pentarchen Crispi und Zanardelli im Cabinet und spotten des Widerstandes, welcher ihnen von den drei ehemaligen Verbündeten droht, die übrigens niemals einig waren. Crispi's parlamentarische Erfahrung bürgt dafür, daß er die Wege kennt, auf welchen eine Mehrheit erzielt, und die Mittel, durch welche sie zusammengehalten werden kann; einen glänzenden Beweis dafür hat er am 11. März gegeben, als er für das von ihm beantragte Mißtrauensvotum gegen die Regierung eine Minderheit von 194 Stimmen um sich versammelte, die er jetzt neben der damaligen Mehrheit von 214 zur Verfügung hat. Depretis ist von jeher Meister in der Versöhnung ungleichartiger Parteigruppen gewesen, und darin wird Crispi seinen früheren Gegner und jetzigen Amtsgenossen sich zum Muster nehmen können. Die gegenwärtige Parteigruppirung ist nahezu gleichgiltig für die fernere Entwickelung, die Aufgabe des Ministeriums wird darin bestehen, die Mehrheit für die von ihm in Aussicht genommenen Reformen zu gewinnen. Crispi ist eine thatkräftige Persönlichkeit und gebietet über eine zündende Beredsamkeit, diese beiden Eigenschaften werden die Mehrheit an seine Sporen heften und wir zweifeln nicht daran, daß er der Mann ist, sie festzuhalten.

Leipzig, 16. April 1887.

* Die Kundgebung der Reichs-Post- und Telegraphenbeamten zur neunzigjährigen Geburtstagsfeier Seiner Majestät des Kaisers hat, wie wir bereits unter Wiedergabe des kaiserlichen Dankschreibens mittheilten, in Stiftung von drei Rettungsbooten bestanden. Die dem Staatssecretair des Reichs-Postamts Dr. v. Stephan inzwischen zugegangene Dankesäußerung der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger hat folgenden Wortlaut:

„Bremen, den 26. März 1887.

Aus Ew. Excellenz geehrtem Schreiben vom 22. d. M. hat der ehrerbietigst unterzeichnete Vorstand zu seiner großen Freude ersehen, daß die Reichs-Post- und Telegraphenbeamten am neunzigjährigen Geburtsfeste Seiner Majestät des Kaisers, unseres erhabenen Protectors, zu Gunsten der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger die reiche Gabe von rund 17,000 ℳ dargebracht, sowie daß Ew. Excellenz, unter Genehmigung der seitens der Stifter bezüglich der Verwendung ausgesprochenen Wünsche, von der Darbringung der Gabe Seiner Majestät Meldung erstattet haben. Indem der Vorstand Namens der Gesellschaft die gestiftete Summe mit verbindlichstem Danke annimmt und sich selbstverständlich gern zur Erfüllung der an die Stiftung geknüpften Wünsche bereit erklärt, richtet er an Ew. Excellenz die ergebenste Bitte, Sich geneigtest zum Uebermittler dieses Dankes an die Stifter machen und denselben die Versicherung des Vorstandes aussprechen zu wollen, daß die den gemeinnützigen und hochherzigen Geist der Reichs-Post- und Telegraphenbeamten in so glänzender Weise bethätigende Gabe in den Annalen der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger mit unverlöschlichen Zügen vermerkt sein wird. Mit Ew. Excellenz aber stimmt der Vorstand in dem Wunsche überein, daß die drei neuen Boote „Reichspost“, „Reichstelegraph“ und „General-Postmeister“ sich in Sturm und Noth bewähren und von den schönsten Erfolgen gekrönt sein mögen. Jedenfalls wird der Vorstand es als seine heilige Pflicht erachten, alles Erforderliche zu thun, damit die Boote sich als würdige Vertreter der ihnen verliehenen ehrenvollen Namen erweisen.

Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger. gez. H. H. Meier, Vorsitzender.

Sr. Excellenz dem Staatssecretair des Reichs-Postamtes Herrn Dr. v. Stephan in Berlin.“

* Die „Conservative Correspondenz“ schreibt: „Einige Zeitungen hatten mitgetheilt, daß der Ober-Bürgermeister von Berlin, Herr von Forckenbeck, zu der gelegentlich des 90. Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers veranstalteten Soirée im Königlichen Schlosse keine Einladung erhalten hätte, und man hatte die Vermuthung geäußert, daß diese Uebergehung aus der politischen Oppositionsstellung des Herrn von Forckenbeck, namentlich seiner Haltung in der Septennatsfrage zu erklären sei. Diese Auffassung hat das „Berliner Tageblatt“ zu einer Gegenäußerung veranlaßt, die an fanatischer Dreistigkeit im Stile Johann Jacoby's und anderer Ritter der großmäuligen Demokratie so ziemlich Alles hinter sich läßt, was selbst von diesem Blatte auf dem bezeichneten Gebiete je geleistet worden ist. Das „Berliner Tageblatt“ spricht von einer von dem königlichen Hofmarschallamte aufgestellten „Proscriptionsliste der Verfehmten“, von einer „seltsamen Uebertragung des verrufenen amerikanisch-republikanischen Boycott-Systems in die monarchischen Sitten unserer deutschen Hofgesellschaft“, von Versuchen, „den Bürgermuth überzeugungsvoller Volksvertreter durch derartige gesellschaftliche Achterklärungen zu biegen oder zu brechen“, und von ähnlichen Dingen. Bei dem „Berliner Tageblatte“ scheinen sich hiernach unter der Einwirkung seiner parlamentarischen Zukunftsträume die Begriffe derart verwirrt zu haben, daß es sich die Hof- und Haushaltung unseres Kaisers als eine öffentliche Vergnügungs- und Beköstigungsanstalt vorstellt, zu der Jedermann, der das „Volk“ oder ein beliebiger anderer Factor unseres öffentlichen Lebens zu einer bestimmten Stellung erkoren hat, ein Anrecht auf Zutritt hat. Will das „Berliner Tageblatt“ sich nicht zu dieser barocken Auffassung bekennen, so wird es sich wohl selbst sagen müssen, daß die Wahl seiner Gäste wie die Gründe seines Entschlusses, ebenso wie im entsprechenden Falle bei jedem Privatmann, lediglich Sache des Kaisers sind — nur daß eine Kritik seiner betreffenden Entscheidungen, wie sie hier im „Berliner Tageblatt“ ausgeübt wird, ähnliche einem Privatmann gegenüber versuchten Bevormundungen noch um einige Grade der Flegelei in den Schatten stellt.“

* Die deutschfreisinnige „Dresdner Zeitung“ setzt heute ihre Betrachtungen über die deutschfreisinnige Partei fort und schließt den betreffenden Artikel mit folgenden Worten:

„Wir haben den Glauben an die Lebenskraft der „deutschen freisinnigen Partei“ verloren, und zwar weil wir nicht nur die zahllosen Thorheiten erlebt, welche diese Partei im Laufe der Jahre begangen, sondern auch weil wir beobachten müssen, daß sie auch durch die bittersten Erfahrungen nicht klug wird. Kaum hat sich ein Kreis vernünftiger Socialpolitiker zusammengethan, um ein werkthätiges Programm zu vereinbaren, welches dem weiteren Uebergang der Arbeitermassen in das socialdemokratische Lager steuern könne, kaum wird eine Erneuerung des Programms der Partei angeregt, welche den Anforderungen der wirthschaftlichen Entwickelung Rechnung trage — so recht das Manchesterthum in der Partei die Fänge und verspottet die Bewegung als jeden Haltes entbehrend. Und noch immer finden die besseren Elemente der Partei nicht den Muth oder nicht die Zeit, mit einem Gebahren, welches die gesammte Partei in den Augen jedes anständigen Menschen discreditirt, öffentlich zu brechen und abzurechnen; noch immer findet sich nicht die Erkenntniß der Nothwendigkeit, entweder alle Bruchtheile der Partei auf ein neues, gutes Programm zu einen oder sie in ihre verschiedenen Bestandtheile aufzulösen. Da muß wohl der Dichter, den wir oben citirt haben — es ist Henrik Ibsen —, Recht haben, wenn er sagt: „So eine Partei ist gleichsam eine moralische Saugpumpe, die nach und nach Verstand und Gewissen vollständig aufsaugt. Daher die vielen Hohlköpfe!“

Das ist deutlich und ehrlich! Auch andere deutschfreisinnige Blätter dürften diesem Beispiele folgen und endlich aufhören, wie bisher Herrn Eugen Richter die Schleppe zu tragen und die von ihm „begründete“ „Freisinnige Zeitung“ wie das Evangelium zu citiren.

* Der überaus rührige Verein für Socialpolitik hat soeben als 34. Heft seiner Publicationen eine Sammlung Berichte und Gutachten über die Vorbildung zum höheren Verwaltungsdienste in den größeren deutschen Staaten, Oesterreich und Frankreich erscheinen lassen (Leipzig, Verlag von Duncker & Humblot). Die einzelnen Aufsätze sind von den berufensten Sachkennern verfaßt und enthalten viel beachtenswerthes Material zur Beurtheilung dieser neuerdings viel erörterten Frage.

* Eine an den Reichstag gerichtete Petition der Hilfscasse für deutsche Rechtsanwälte in Leipzig schildert die Last, welche die Civilproceßordnung durch die Verpflichtung der vorläufig unentgeltlichen Vertretung in Armenproceßsachen dem deutschen Anwaltstande auferlegt habe. Derselbe sei im Großen und Ganzen darüber einig, daß ihm in irgend einer Form Vergütung für diese Last zu Theil werden müsse und hat zu diesem Behufe zwei Gesetzentwürfe ausgearbeitet, von denen der Reichstag einen oder den anderen anzunehmen gebeten wird. Die zu erstattenden Summen sollen nicht den einzelnen Anwälten für die Armenvertretungen zu Gute kommen, sondern zur Bildung einer Ruhestands-, Wittwen- und Waisen-Casse und zur Unterstützung hilfsbedürftiger Rechtsanwälte und deren Hinterlassenen Verwendung finden.“

* * *

* Der schweizerische Arbeitercongreß, welcher, wie schon gemeldet, sich in den Ostertagen in Aarau versammelt hatte, war von etwa 200 Delegirten aus der ganzen Schweiz beschickt und hat die Constituirung des projectirten „Arbeiterbundes“ vorgenommen, obgleich es nicht ohne starke Opposition seitens der bernischen Socialdemokraten abgegangen ist. Nach den Statuten des Bundes kann jeder Verein, der in seiner Mehrheit aus schweizerischen Arbeitern besteht, beitreten. Die Organe des Verbandes sind die Delegirtenversammlung (ein Delegirter auf 250 Mitglieder), der Bundesvorstand (23 Mitglieder), der leitende Ausschuß und der Arbeitersecretair. Die Berner wollten den letzteren von der Delegirtenversammlung wählen lassen, allein die Mehrheit entschied sich für die Wahl durch den Bundesvorstand. Sowohl die Mitglieder des Bundesvorstandes als der Secretair müssen Schweizer Bürger sein, Ausländer sind auch vom Wahlact ausgeschlossen. Der neugewählte Bundesvorstand nahm sofort die Wahl des Arbeitersecretairs vor und dieselbe fiel auf Herrn Greulich, den Vorsteher des cantonalen statistischen Bureaus in Zürich. Greulich war vor Jahren ein fanatischer Führer der Socialdemokraten und redigirte lange Jahre die ehemalige „Tagwacht“, nunmehrige „Arbeiterstimme“; er hat mit seinen Parteigenossen so unliebsame Erfahrungen gemacht, daß er sich, obwohl im Herzen noch wie vor Socialdemokrat, von der Agitation vollständig losgesagt hat. Zum Bundessitz wurde St. Gallen gewählt.

* Der Chor von Preßstimmen, welche in unserem westlichen Nachbarlande je länger desto dringlicher für eine schleunige und beträchtliche Verstärkung des französischen Truppenstandes längs der deutschen Grenze eintreten, recrutirt sich neuerdings nicht mehr lediglich aus den anerkannten Organen der Revanchekriegspartei Boulanger-Déroulède, sondern findet sympathische Echos auch in solchen Blättern, die auf politischen Credit Anspruch erheben, unter ihnen ganz besonders die „République française“. Letzteres Journal studirt jetzt mit Eifer den Stand der militairischen Dinge an der deutsch-französischen Grenze und legt die Frucht dieser seiner Studien in von Zeit zu Zeit erscheinenden Artikeln nieder, welchen sammt und sonders das Streben eigen ist, die deutsche Truppendislocation in den Reichslanden als eine permanente Bedrohung des französischen Grenzrayons hinzustellen und, darauf fußend, zu behaupten, daß die französische Nordostgrenze zu sehr von Truppen entblößt sei. So auch jetzt wieder. Nachdem die „République française“ in ihrer Dienstagnummer das Publicum darüber beruhigt hat, daß die französische Kriegsverwaltung von der Idee, im Kriegsfalle sofort eine gewisse Anzahl von Friedensbataillonen an die Grenze zu werfen, definitiv abgekommen sei, kehrt sie Tags darauf zu ihrer Beweisführung zu Gunsten einer Verstärkung des strategischen Aufmarsches im Nordosten zurück. Trotz des doppelten concentrischen Festungsgürtels hält das Blatt die Grenze dennoch nicht hinreichend gegen die Möglichkeit gedeckt, „daß die Mobilmachung im Innern durch Einbrüche der feindlichen Reiterei und vielleicht selbst der feindlichen Fußtruppen gestört werden könnte“. Auf die Frage: „Was ist dagegen zu thun?“ antwortet nun die „République française“ in Uebereinstimmung mit dem „Progrès militaire“:

„Wir müssen um jeden Preis die Zahl der an der Ostgrenze stehenden Truppen vermehren. Auf welche Weise? Zunächst durch Verkürzung der vom 6. Corps besetzt gehaltenen Grenzstrecke; sodann dadurch, daß wir den Regimentern des 6. Corps alljährlich einen Ueberschuß von Recruten zuweisen.“

Die Durchführung dieses Programms stellt der Artikelschreiber sich so vor, daß der zwischen Reims, Ste. Menehould, Verdun und Mezières belegene Grenzgürtel dem 2. Corps überwiesen werde. Gleichzeitig wäre das Commando des 2. Corps von Amiens nach Laon, sowie das des 6. Corps von Châlons-sur-Marne nach Bar-le-Duc zu verlegen. Außerdem beantragt er die Verlegung des Lagers von Châlons mit einer jährlich wechselnden Infanterie-Division. Ueber die Recrutirung des 6. Corps wird gesagt:

„Man soll dem 6. Corps alle jungen Mannschaften seines Bezirks zutheilen; nichts ist gerechtfertigter; wenn die Regionalaushebung irgendwo geboten ist, so ist sie es vorzugsweise längs der Grenzen, in den Gegenden, wo die feindliche Reiterei gar bald daran in die Quere kommen würde, die in den Mobilmachungsmaßnahmen langsam zu Werke gingen; allein das reicht nicht, und wir fordern förmlich, daß man dem 6. Corps etwa 3000 Mann des jährlichen Recrutenantheils der Hauptstadt bestimme. Die Pariser Rekruten werden unschwer die Depots der zwischen Châlons-sur-Marne und Nancy vertheilten Regimenter erreichen; überdem, da alle Reservisten des 6. Corps entweder dem Bezirk dieses Corps selbst oder der Hauptstadt angehören, so wird sich die Mobilmachung und die Bahnbeförderung dieser Reservisten mit äußerster Leichtigkeit vollziehen“.

„So stellen sich — schließt die „République française“ ihre Aufforderung zur Verstärkung der französischen Grenzaufstellung — in flüchtigen Umrissen die beiden Reformen dar, deren Durchführung dringend nothwendig ist. Vergessen wir nicht den Waffenlärm des vergangenen Februarmonats; erinnern wir uns, daß in jenem Augenblick das Kriegsministerium Maßregeln vorbereitete, welche durch die Lage beinahe geboten waren und deren Folgen verderblich (schlimm) gewesen wären. Wir müssen um jeden Preis vermeiden, uns abermals so grausamen Schwierigkeiten gegenüber zu finden; die Umgestaltung der Bezirke des 2. und des 6. Armeecorps hängt vom Parlament ab, welches nicht zögern wird, sie zu bewilligen, wenn nur der Kriegsminister das höhere Interesse der Landesvertheidigung geltend macht. Was die Vertheilung des Recrutencontingents anlangt, so geschieht das auf Verwaltungswege; nichts ist daher einfacher, als den vorstehend gegebenen Fingerzeichen Rechnung zu tragen.“

* Luciano de Castro und seiner Regierung scheint es vorbehalten zu sein, die portugiesische Hauptstadt von Grund aus umzugestalten. Mächtige Hafenwerke, Docks, Waarenhäuser, Eisenbahnen, Wandelgänge und Spazierwege